Rheinland-Pfalz

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Europafragen und
Eine Welt
Herrn Andreas Hartenfels, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/2196
VORLAGE

BEVOLLMÄCHTIGTE DES LANDES BEIM BUND UND FÜR EUROPA, FÜR MEDIEN UND DIGITALES

Peter-Altmeier-Allee 1
Eingang Deutschhausplatz
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4771
Mail: Poststelle@stk.rlp.de
www.stk.rlp.de

Oktober 2017

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Bénédicte Charbonnier benedicte.charbonnier@stk.rlp.de	06131 16-4742

13. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 18. Oktober 2017

Hier: TOP 8 Rede zur Lage der Union

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

-Vorlage 17/2011-

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß der erfolgten Zusage lasse ich den Mitgliedern des Ausschusses den Sprechvermerk zu TOP 8 „Rede zur Lage der Union“ der 13. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 18. Oktober 2017 in 7-facher Ausführung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

Rheinland-Pfalz
Staatskanzlei
Referat 251

Mainz, 6. November 2017
Charbonnier/4742

S p r e c h v e r m e r k

Für die Mitglieder des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt

TOP 8: Rede zur Lage der Union

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Vorlage 17/2011 –

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren Abgeordneten,

die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union hat in den vergangenen Wochen erheblich an Fahrt aufgenommen. Nach Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat auch der französische Präsident Emmanuel Macron detaillierte Vor-schläge zur Weiterentwicklung der Union gemacht.

Wenn diese Diskussion Früchte tragen soll, darf sie jedoch nicht nur in Brüssel, Paris oder Tallinn geführt werden. Der Reflexionsprozess über die Zukunft Europas muss auch die regionale Ebene einbeziehen. Denn hier sind die künftigen Herausforderungen der Union am deutlichsten zu spüren. Aus diesem Grund hat der Präsident des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, in diesem Jahr zum ersten Mal eine eigene Ansprache zur Lage der Europäischen Union aus der Sicht der Regionen und Städte gehalten.

Ich freue mich daher, dass sich auch der Ausschuss heute mit der diesjährigen Rede des Kommissionspräsidenten Juncker zur Lage der Union beschäftigt.

Im März 2017 hatte die Kommission in einem Weißbuch fünf potenzielle Szenarien skizziert, wie sich die Europäische Union nach dem Brexit weiterentwickeln könnte. Vor diesem Hintergrund stellte Kommissionspräsident Juncker in seiner jährlichen

Rede zur Lage der Union am 13. September 2017 nicht nur – wie üblich – sein Arbeitsprogramm für das kommende Jahr vor. Einen erheblichen Teil seiner einstündigen und teils sehr emotionalen Rede widmete Juncker seinem persönlichen „Szenario sechs" zur Zukunft der Europäischen Union.

Bevor ich näher auf Junckers Zukunfts-pläne eingehe, möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über das Arbeitspro-gramm der Kommission für das kommende Jahr geben.

Bis zur Europawahl 2019 bleiben der Kommission noch knapp 18 Monate, um ihre Agenda zu vollenden. Juncker nannte fünf prioritäre Bereiche, in denen die Kommission in den kommenden Monaten tätig werden will: Erstens die Handelspolitik, zweitens die Industriepolitik, drittens der Kampf gegen den Klimawandel, viertens der Schutz gegen Cyberangriffe und fünftens die Migrationspolitik.

Um die europäische Handelsagenda zu stärken, strebt die Kommission den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen an – unter anderem mit Mexiko, Australien und Neuseeland. Begrüßenswerterweise betonte Juncker, dass die Abgeordneten der nationalen und regionalen Parlamente ebenso wie die Europaabgeordneten vom ersten Tag der Verhandlungen an umfassend informiert werden sollen.

Weiterhin will die Kommission ein sog. „Investment-Screening" für ausländische Investitionen in strategisch oder sicherheitspolitisch sensiblen Bereichen einführen. Es zielt beispielsweise auf Investitionen in die Energie-Infrastruktur ab.

Beim Klimaschutz soll die Europäische Union eine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel einnehmen. Dazu möchte die Kommission einen Vorschlag zur Senkung der CO2-Emissionen im Verkehrssektor vorlegen.

Weiterhin möchte die Kommission eine neue industriepolitische Strategie auf den Weg bringen, damit europäische Unter-nehmen in puncto Innovation, Digitalisierung und Verringerung der CO2-Emissionen Weltspitze bleiben oder wer-den.

Beim Thema Migration legte Juncker den Schwerpunkt darauf, die irreguläre Migration einzudämmen. Einerseits sollen Fluchtursachen bekämpft und andererseits legale Zuwanderungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Im zweiten Teil seiner Rede stellte Juncker seine Vision für „ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa" vor. Junckers Europa ist ein Europa der

Werte. Es stützt sich auf die drei unverrückbaren Grundprinzipien der Freiheit, der Gleichberechtigung und der Rechts-staatlichkeit. Darauf aufbauend möchte er die Union stärker zusammenführen, in einigen Politikbereichen vertiefen und demokratischer gestalten. Dies möchte er zunächst ohne Vertragsänderungen erreichen. Vielmehr sollen die Möglichkeiten, die die Verträge heute schon bieten, künftig voll ausgeschöpft werden.

So möchte Juncker beispielsweise das Mehrheitsprinzip im Rat auf weitere Bereiche ausweiten. Dies soll Entscheidungsprozesse beschleunigen. Beispielhaft nannte er die Steuer- und die Außenpolitik. Die derzeitigen Verträge sehen diese Möglichkeit vor.

Implizit erteilte Juncker dem oftmals beschworenen Europa der zwei Geschwindigkeiten eine Absage, indem er für mehr Einheit warb. So plädierte er für eine schrittweise Öffnung des Schengen-Raumes auf die gesamte EU – also für ein Europa mit einer starken Außengrenze, doch ohne Binnengrenzen. Weiterhin sprach er sich für die Aufnahme aller EU-Mitgliedstaaten in die Eurozone aus – vorausgesetzt natürlich, dass sie die Konvergenzkriterien erfüllen. Zu diesem Zweck schlug er die Schaffung eines Euro-Vorbereitungsinstruments vor. Im Nachgang zu Junckers Rede legte die Kommission die neusten Daten zum Stand der Konvergenzkriterien in den Nicht-Euro-Ländern vor. Bis auf Kroatien und Ungarn erfüllen mittlerweile alle potentiellen Euro-Anwärter die Kriterien hin-sichtlich der Staatsverschuldung und der Neuverschuldung. Keines der Länder er-füllt momentan jedoch alle Voraussetzungen für einen Beitritt zur Eurozone.

Als Lektion aus der Finanzkrise spricht sich Juncker – wie auch der französische Präsident Macron – für einen Europäischen Wirtschafts- und Finanzminister aus. Macrons Vorschlag, einen eigenen Haushalt für die Eurozone zu schaffen, erteilte Juncker hingegen eine Absage. Auch die Schaffung eines eigenen Euro-Parlaments lehnt er ab.

Darüber hinaus machte Juncker verschiedene Vorschläge, um die Union demokratischer und transparenter zu gestalten. Ebenso wie Präsident Macron plädierte er für transnationale Listen bei der Europawahl. Darüber hinaus schlug Juncker vor, das Amt des Kommissionspräsidenten mit dem Amt des Präsidenten des Europäischen Rates zu verschmelzen. Die Kommissionsmitglieder sollen sich zudem künftig an einen Verhaltenskodex halten.

Schließlich bekannte sich Juncker in seiner Rede deutlich zum Subsidiaritätsprinzip. Die Union solle sich auf die wirklich wichtigen Dinge konzentrieren und dort, wo es sinnvoll sei, Befugnisse an die Mitgliedstaaten zurückgeben. Zu diesem Zweck will die Kommission eine Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit einrichten.

Diesen Vorschlag hat der Präsident des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, in seiner ersten Ansprache zur Lage der Union aus der Sicht der Städte und Regionen am 10. Oktober ausdrücklich begrüßt. Lambertz hob das Prinzip der Subsidiarität als leitendes Prinzip zur künftigen Gestaltung der Union hervor, da es Bürgernähe herstelle. Aus diesem Grund fordere er, dass der Ausschuss der Regionen an der von Juncker vorgeschlagenen Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit beteiligt werden sollte. Lambertz betonte, dass die Städte und Regionen künftig mehr Einfluss auf die europäische Politik haben sollten, ebenso wie die Unionspolitik einen zunehmenden Einfluss auf die Städte und Regionen habe und diese auch maßgeblich für die Umsetzung von EU-Recht verantwortlich seien.

Knapp zwei Wochen nach Junckers Rede zur Lage der Union hat auch der französische Präsident Macron am 26. September an der Sorbonne ein glühendes Plädoyer für eine Reform der Europäischen Union gehalten. Macron hält die Union für zu langsam, zu schwach und zu ineffizient. Nur ein starkes Europa könne sich den Herausforderungen einer globalisierten Welt stellen. Zur Neugründung eines souveränen, geeinten und demokratischen Europas stellte Macron unter dem Motto „Ich habe keine roten Linien, sondern Horizonte" einen 10-Punkte-Plan vor. Von den vielen konkreten Vorschlägen seien hier nur einige genannt:

Im Bereich der Sicherheitspolitik plädierte Macron neben einer gemeinsamen Interventionstruppe und einem gemeinsamen Verteidigungsbudget für die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Einsatztruppe für den Zivilschutz. Um die Herausforderungen der Migration zu bewältigen, will Macron unter anderem eine Europäische Asylbehörde einrichten.

Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung schlug Macron eine einheitliche europäische Karbonsteuer vor, um außereuropäischen Niedrigpreisen zu begegnen. Im Bereich der Digitalisierung sprach er sich für die Schaffung einer „Agentur für Innovation" aus.

Weiterhin möchte Macron die unterschiedlichen nationalen Steuer- und Sozialmodelle einander annähern und einen einheitlichen europäischen Mindestlohn einführen. Als wichtiges Mittel der europäischen Integration hob Macron den

Bildungsbereich hervor. So solle jeder junge Europäer mindestens sechs Monate in einem anderen europäischen Land verbringen und Studierende sollten mindestens zwei europäische Sprachen beherrschen.

Schließlich möchte Macron die europäischen Bürger explizit in die weitere Diskussion um die Zukunft der Union mit einbeziehen. Im kommenden Jahr sollen dazu in allen Mitgliedstaaten nationale und regionale Debatten organisiert werden.

Mit dieser Fülle an konkreten Vorschlägen haben Kommissionpräsident Juncker und Präsident Macron die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union in vielen Punkten bereichert. Insbesondere die Ziele, eine größere Bürgernähe herzustellen und sich auf das Prinzip der Subsidiarität zurückzubesinnen, sind aus rheinland-pfälzischer Sicht zu begrüßen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren Abgeordneten,

die Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union wird uns sicherlich noch eine Weile beschäftigen. Gern hält die Landesregierung den Ausschuss auch bei künftigen Sitzungen über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!